

Eing.: 06.03.2023

**Göttinger Linke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN Ratsfraktionen
im Rat der Stadt Göttingen**

Göttinger Linke Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 403

Tel.: 0551- 400-2347

E-Mail goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 410

Tel.: 0551-400 2785

E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

Die PARTEI-Volt Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 406

Tel.:0551-400-3077

E-Mail:PARTELundVolt-Ratsgruppe@goettingen.de

Ratsherr Dr. Welter-Schultes

E-Mail fwelter@gwdg.de

Ratsherr Edgar Schu

E-Mail edgar.schu@posteo.de

02.03.2023

Solidarität mit den Beschäftigten der Klinikservice GmbH (KSG)

Resolutionsantrag an den Rat der Stadt Göttingen am 17.03.2023

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Göttingen erklärt sich solidarisch mit den bei ver.di organisierten, streikenden Beschäftigten der Klinikservice GmbH (KSG).
2. Der Rat fordert die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) auf, die ausgegliederten Beschäftigten der KSG wieder in die Stammbesellschaft zu übernehmen. .
3. Der Rat fordert zudem die Landesregierung auf, der UMG nahezulegen, auf die Forderungen der Beschäftigten einzugehen. Zudem sollte das Land Niedersachsen sicherstellen, dass gegebenenfalls anfallende Mehrausgaben der Kliniken abgesichert werden, um die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Tarifergebnisse zu gewährleisten.

Begründung:

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Geschäftsführung der Klinikservice GmbH (KSG) seit Herbst kein substanzielles Entgegenkommen in den Tarifverhandlungen mit ver.di gezeigt hat und nun mit Ausgliederungen von Teilen des Betriebs wie der Zentral-OP Reinigung droht. Angesichts von immer höheren Lebenshaltungskosten sind Löhne unterhalb der amtlichen Niedriglohnschwelle von 2344 Euro brutto für Vollzeit Armutslöhne, die der Leistung der überwiegend weiblichen Beschäftigten, gerade in den zurückliegenden Corona-Jahren, keinesfalls gerecht wird. Die Angebote der KSG Geschäftsführung würden in den kommenden Jahren sogar zu Reallohnverlusten führen, was einer Universität, die sich selbst gerne wieder als „exzellent“ bezeichnen würde, mehr als unwürdig wäre.